

Klimakrise, Finanzkrise, Schuldenkrise, Vertrauenskrise - warum die Unternehmen die Führung übernehmen müssen

Ein Wirtschaftssystem ist kein Selbstzweck. Es hat die Aufgabe für eine effiziente Verteilung von Gütern und Dienstleistungen in einem Wirtschaftsraum zu sorgen.

Leider werden die Wirtschaftsräume führender Industrienationen zukünftig durch Überschuldung extrem geschwächt werden. Die Folge ist, dass nationale Haushalte mit immer mehr Schuldendienst belastet werden, der durch die demografische Entwicklung von einer stetig abnehmenden Bevölkerung geleistet werden muss. Schon heute gehen fast 15 Prozent von jedem bundesdeutschen Steuer-Euro in den Schuldendienst, also in die Finanzierung der Vergangenheit und stehen nicht mehr zur Gestaltung von Gegenwart und Zukunft zur Verfügung.

Da der staatliche Schuldendienst durch Steuergelder finanziert werden muss, werden Unternehmen auf Grund der damit einhergehenden Senkung der Konsumenten-Kaufkraft, sowie durch die Steigerung ihrer eigenen Steuerlast Schaden erleiden. Das bedeutet für die Unternehmen direkte Verluste und sinkende internationale Wettbewerbsfähigkeit durch steigende Körperschaftssteuern und indirekte Verluste durch sinkende Kaufkraft ihrer Kunden auf dem Binnenmarkt. Diese Kunden sind die Bürger, die durch den steuerfinanzierten Schuldendienst ihrerseits real Einkommensverluste erleiden.

Zusätzlich erleiden alle beteiligten Vermögensverluste durch Inflation, die sich in den nächsten Jahren zunächst bei 5 - 7 Prozent einpendeln wird. Es gibt kaum noch seriöse Investitionsmöglichkeiten, die unter diesen Voraussetzungen, also inflationsbereinigt, noch Rendite abwerfen. Die Liquidität, die derzeit in das Bankensystem gedrückt wird gelangt so nur zum Teil in die Realwirtschaft, wo sie inflationswirksam wird und geht zum anderen Teil in Staatsanleihen und neue Spekulationsblasen.

In einer Zeit, in der wir erkennen müssen, dass die Handlungsfähigkeit der Politik an der Globalisierung gescheitert ist und dass sie nicht in der Lage ist, zukunftsfähige globale Finanz- und Umweltsysteme zu schaffen, müssen sich die Unternehmen der Frage stellen, ob es nicht ihre Pflicht als zivilgesellschaftliche Instanzen ist, das Führungsvakuum auszufüllen und ihrerseits Wirtschaftsräume zu schaffen, die nachhaltig finanzierbar und operabel sind. Allein, um die strukturelle Substanz der Realwirtschaft in den Industrieländern USA, Japan, sowie europäischer Länder vor den Erosionskräften der Überschuldung zu retten.

Ist es wirklich so schlimm?

Warum so revolutionär mag man sich fragen. Ok, eine Schuldenkrise. Gürtel etwas enger schnallen - aber sollen deshalb die Unternehmen gleich ein neues globales Wirtschaftssystem einführen - eigentlich haben doch die Politiker alles im Griff.

Leider kann auch der wohlwollenste Beobachter oder Akteur das nicht behaupten. Das Zins-Zinseszinsssystem ist eine exponentielle Funktion und keine lineare. Nur steigende Wachstumsraten können es bedienen. Da muss man sich fragen, wo denn bei einer abnehmenden Bevölkerung unter dieser Verschuldung die Wachstumsimpulse herkommen sollen, die es in einigen Jahren ermöglichen sollen, dass die europäischen Länder sich wieder normal und ohne Notenbankeingriffe an den Finanzmärkten refinanzieren können.

Denn, machen wir uns nichts vor: Auch wenn die Politiker in Europa gerade suggerieren, dass die derzeit sinken Zinssätze für Staatsanleihen europäischer Länder ein Signal dafür sind, dass die Finanzmärkte aufgrund des Stabilitätspaktes wieder Vertrauen gefasst haben, so ist es doch tatsächlich so, dass die „Bazooka-Billionen“, die die EZB den Banken für drei Jahre zu einem Zins von 1 Prozent gegeben hat auch in Staatsanleihen geht und durch die steigende Nachfrage die Zinsen dafür sinken.

Man fragt sich, was ist das für ein krankes System, das Banken risikofreie „Perpetuo-Profite“ ermöglicht. Sie bekommen Geld zu einem Zinssatz von 0,333 Prozent per anno. Dafür kaufen Sie Staatsanleihen, die unabhängig von ihren Ratings in den jeweiligen Ländern voll als Sicherheit akzeptiert werden und ihnen 3 - X Prozent Zinsen per anno ermöglichen. Also mehr als das 10fache was sie selbst an Zinsen zahlen müssen.

Diese verdeckte Staatenfinanzierung durch die EZB kostet die Steuer-Bürger und die Unternehmen also das Zehnfache im Vergleich zur offenen Staatenfinanzierung. In diesem Fall würde die EZB das Geld direkt den Staaten für 1 Prozent drei Jahre leihen und die Steuer-Bürger würden die Differenz zur verdeckten Staatenfinanzierung sparen. Die Banken gehen dabei nicht einmal ein Risiko ein, weil gegen Staatspleiten wiederum gigantische steuerfinanzierte Rettungsschirme gespannt werden, die dafür sorgen, dass die Versicherungen gegen Forderungsausfall relativ günstig bleiben.

Die Schuldenkrise an sich wäre dabei noch gar nicht so schlimm und bei wirklich gemeinschaftlichem Denken und Handeln der EU-Länder - wenn auch unter Schmerzen - beherrschbar. Es gibt aber noch zwei weitere Krisen, die in Ihrer Gesamtheit die Handlungsfähigkeit der Politik massiv einschränken und so erst den Gedanken zulassen, dass Wirtschaftsräume auch von anderen Instanzen, als staatlichen Institutionen, administriert werden können.

Institutionenkrise: Andere Länder andere Sitten, sagt man so schön. Tatsächlich unterscheiden sich Staaten oder Länder aber durch noch viel mehr: Reich, arm, groß, klein, Bodenschätze, Klima usw. Staaten sind eine sehr sehr heterogene Gruppe in der jeder eigene Interessen hat. Das macht es für sie nicht leicht, sich zum Beispiel auf einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu einigen.

Nicht einmal die EU-Staaten, die ja schon eine sehr enge institutionelle Verflechtung haben, schaffen es, maßgebliche Weichenstellungen einstimmig, also EU-wirksam zu beschließen. Aus diesem Grund müssen etwa für den Fiskalpakt separate völkerrechtliche Verträge zwischen den einzelnen Staaten geschlossen werden und neue, nicht EU-Institutionen geschaffen werden, um ihn zu administrieren. Da fragt sich der Steuerzahler, warum er den ganzen EU-Apparat finanziert, wenn der jetzt nicht einmal das vermeintlich wichtigste Projekt administrieren darf - weil England und Tschechien dagegen sind. Daher wird eine neue, parallele, nicht EU-Verwaltungsebene eingezogen, die von den Steuerzahlern von 27 von 29 EU-Ländern zusätzlich zum EU-Apparat finanziert werden muss.

Keine der teuren und von den Bürgern als virtuell empfundenen Mammut-Institutionen wie Europagruppe, Europarat, Europakommission, Europaparlament, Europaaußenministerium usw. hat dem Wirtschaftsraum Entscheidungsfähigkeit gebracht. Nur neue Planstellen und Kosten. Das ist eine frustrierende Erkenntnis.

Vertrauenskrise: Das größte Problem jedoch, das die Politik in Europa hat, ist der Vertrauensverlust und der Verlust von Verbindlichkeit durch den Bruch der Europaverträge. Denn, so wie heute der Fiskalpakt vorbehaltlich der Wahl in Frankreich ist, weil ihn der sozialistische Herausforderer Hollande im Falle eines Wahlsieges neu verhandeln wird, so ist jede EU-Entscheidung seit dem Bruch der Europa-Verträge vorbehaltlich der nächsten Wahl in irgendeinem Land der 27 oder 29 EU-Länder. Es gibt keine Verbindlichkeit mehr.

Das gesamte Handling der Schuldenkrise durch die EU-Länder hat dabei zu schwerem Vertrauensverlust geführt. Da sind zuerst all diese EU-Institutionen mit ihren tausenden von Fachkräften, die so naiv oder politisch manipuliert waren, dass sie Griechenland über viele Jahre hinweg Fantasiezahlen abgenommen haben. Dann der Bruch der Europa-Verträge und jetzt der griechische Schuldenschnitt, der das Restvertrauen von Privatanlegern in die Akteure und die Rechtssicherheit im europäischen Wirtschaftsraum zerstört hat.

Privatanleger mussten Zwangsabschreibungen auf ihre Griechenland-Bonds vornehmen (Collective Action Clause) während die gleichen Bonds von der EZB weiter zu 100 Prozent als Sicherheit von den griechischen Banken akzeptiert wurden und werden, um sich bei der EZB zu refinanzieren oder um im Rahmen von Target2 Geschäfte in Griechenland vorzufinanzieren.

Das heißt, es gibt zwei Zustände die sich normalerweise ausschließen: Griechenland ist offiziell gleichzeitig pleite und nicht pleite. Es kann aber nicht ein Kreditereignis stattgefunden und nicht stattgefunden haben, nur weil die Konsequenz daraus politisch unbequem ist. Solche Auslegung von Rechtssicherheit kennen wir von totalitären Regimes, sie bedeutet eine Zäsur für das vereinigte Europa.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Schuldenkrise in vielen Ländern die bürgerlich demokratische Zivilgesellschaft bedroht. Aber nicht nur wesentliche zivile Werte werden preisgegeben. Unter dem Druck der Schuldenlast verkaufen Länder Infrastruktureinrichtungen wie Häfen, Kraftwerke, Stromleitungen, Kanalisation usw., also Volksvermögen, das seinerzeit mit Steuergeldern geschaffen wurde.

Es ist nur noch peinlich, wie europäische Politiker bei Chinesischen, Russischen und (Saudi) Arabischen Diktatoren um Geld buhlen. Es kann für einen Demokraten kein gutes Gefühl sein, wenn er einem Diktator Geld schuldet, oder wenn das Wasserwerk einem Diktator gehört. Dies eröffnet bösen Mächten neue geostrategische Möglichkeiten und schwächt weltweit die freie bürgerliche Zivilgesellschaft.

Egal ob System- oder Politikversagen

Man kann nicht Wirtschaftsräume mit so unterschiedlicher Performance wie Deutschland und Griechenland unter einer Währung fahren, ohne die Bürger beider Länder gegeneinander aufzubringen. Denn, wir wissen dass unterschiedlich starke Wirtschaftsräume unter einer gemeinsamen Währung, in einem föderativen System, entweder zu Transferzahlungen führen (z. B. Bundesfinanzausgleich) oder zu Pleiten (z.B. Kalifornien) oder zu Separationsbewegungen (z.B. vor Euro, Nord- vs. Süditalien).

Der Grund dafür ist, dass die Güter- und Dienstleistungen des stärkeren Wirtschaftsraumes im schwächeren Wirtschaftsraum durch die gemeinsame Währung subventioniert werden. Dies liegt daran, dass die Waren des stärkeren Wirtschaftsraumes im Falle einer getrennten Währung durch das Tauschverhältnis der Währungen teuer wären. Der stärkere Wirtschaftsraum profitiert also bei gemeinsamer Währung von einer Nachfragekraft des schwächeren Wirtschaftsraumes, die dieser ohne gemeinsame Währung gar nicht hätte. Davon hat die Deutsche Industrie zuerst durch die Wiedervereinigung und dann mit der Einführung des Euro enorm profitiert. Der Turbo dabei war die lange Zeit supergünstige Verschuldungsmöglichkeit der schwachen Wirtschaftsräume, unter der gemeinsamen Währung.

Glauben Sie, es würde helfen zu beten, dass die Geldpolitik es mit der vierten oder fünften „Bazooka-Billionen“ schafft, aus südeuropäischen Ländern ohne nennenswerte industrielle Basis und industrielle Kultur innerhalb von ein paar Jahren Weltmarktplayer zu machen?

Es hat im Prinzip 20 Jahre gedauert die Neuen Bundesländer mit Abermilliarden an Transferzahlungen teilweise zu wettbewerbsfähigen Regionen zu machen. Und die hatten zur Wende eine erheblich bessere Substanz an Fachkräften und Produktionsmitteln, als etwa Griechenland. Außerdem sprach man die gleiche Sprache, was ein nicht zu unterschätzender Punkt bei Wirtschaftsräumen ist, gerade wenn sie strukturell nicht homogen sind. In der US-Amerikanischen Föderation, gibt es übrigens keinen Finanzausgleich, also zum Beispiel Transferzahlungen von Connecticut nach Kalifornien, das ja seit einigen Jahren pleite ist und seine Angestellten zum Teil mit Schuldscheinen bezahlt. Die Antwort auf die Frage, warum Kalifornien reich und pleite ist und Griechenland arm und pleite ist übrigens sehr aufschlussreich und verdient jede Berücksichtigung beim Design eines nachhaltigen global implementierbaren Wirtschafts- und Finanzsystems.

Nun mögen die Politiker in Europa daran glauben, dass ihnen zukünftig das gelingt, was sie in den vergangenen 40 Jahren - unter sehr viel besseren demografischen und globalwettbewerblichen Bedingungen - kein einziges Mal geschafft haben: Ausgeglichene oder positive Haushalte abzuliefern. Aber genau das soll in Zukunft unter absehbar schlechteren Bedingungen möglich sein, ohne dabei noch das Wachstumsinstrument Verschuldung selbst bedienen zu dürfen (wegen der Überschuldung. Die Verschuldung war natürlich in der Vergangenheit immer wachstumsrelevant, weil ja etwas damit unternommen wurde, das ins BIP eingeflossen ist).

Unternehmen und global agierende Konzerne glauben meist nicht an unglaubliche Dinge. Eigentlich glauben sie überhaupt nicht, sie rechnen. Auch sind sie in einer anderen Situation als die meisten Menschen, weil sie große Ressourcen und globale Optionen haben. Sie können also leichter umziehen, etwa mit einer Holding in eine Zweckgesellschaft nach irgendwo oder mit einer Produktlinie auf eine Produktionsstraße weit weg.

Wer kann das Führungsvakuum ausfüllen?

Im Gegensatz zu Staaten sind global agierenden Unternehmen eine sehr homogene Gruppe. Ihre Gesellschafter/Aktionäre reichen von institutionellen Anlegern, wie Staats-, Investment- oder Pensionsfonds bis hin zu Kleinaktionären. Sie alle erwarten vom Management Profitmaximierung innerhalb eines gesetzlichen Rahmens.

Es gibt aber für globale Konzerne keinen gesetzlichen Rahmen. Es gibt fast 200 gesetzliche Rahmen. In jedem Land einen anderen. Jeden können sie auf seine Art und Weise nutzen und so etwa Steuerspareffekte in Steuerparadiesen realisieren oder Kostenvorteile in Ländern die Humanressourcen wie Wanderarbeiter oder Umweltressourcen praktisch kostenlos zur Verfügung stellen, um ihrerseits Wachstumsziele zu erreichen.

An der Stelle frage ich mich immer, was wahrscheinlicher ist, dass 500 globale Unternehmen sich auf ein faires, nachhaltiges globales Wirtschaftssystem einigen, oder dass knapp 200 nationale Staaten dieses Kunststück vollbringen. Um einfach mal die wirtschaftlichen Verhältnisse zu vergleichen:

Portugal, immerhin auf dem 50. Platz der wirtschaftsstärksten Nationen, wird 2012 einen Umsatz von etwa 200 Mrd. Dollar erzielen. Apple, 2011 auf dem 75. Platz der umsatzstärksten börsennotierten Unternehmen, erreicht im ersten Quartal 2012 fast 50 Mrd. Dollar Umsatz, so dass man grob davon ausgehen kann, dass Apple mit seinen ca. 60.000 Mitarbeitern dieses Jahr so viel Umsatz macht, wie Portugal mit seinen gut 10 Millionen Einwohnern. Allein die 500 größten Unternehmen der Welt erwirtschaften heute deutlich über die Hälfte des Globalen Bruttosozialproduktes.

So ticken Unternehmen

Unternehmen sind Geldverdien-Organisationen. Sie sind nicht gut oder schlecht. Aber sie sind ich und du - als Kunde, als Mitarbeiter, als Aktionär, als Pensionsfondsbeteiligte usw. Unternehmen sind als strukturelle Substanz für den Wirtschaftsraum viel wichtiger, als die Instanzen, die den Raum administrieren. Das zeigt das Beispiel Kalifornien.

Unternehmen sind aber Instanzen, die im Prinzip bereit sind die Regeln eines Wirtschaftsraumes zu befolgen und sich /im Gegensatz zu Staaten/ einer übergeordneten Gerichtsbarkeit zu unterstellen. Wenn man den Managern einer Firma sagt, dass sie nächstes Jahr in allen Wertschöpfungsprozessen 10 Prozent Energie und 10 Prozent CO₂-Ausstoß reduzieren sollen, dann werden sie es wohl managen. Glücklicherweise sind sie aber nicht, weil ihnen dadurch Kosten entstehen, die bei Ihren Konkurrenten woanders nicht anfallen und ihnen daher Wettbewerbsnachteile bringen.

Anders ist es etwa bei Formel 1 Teams. Auch sie kommen auch den verschiedensten Ländern. Das F1-Reglement wird jedes Jahr geändert, aber es verliert im Prinzip keine Wettbewerbsfähigkeit, weil es für alle gleich ist. Und das ist auch das einzige, was Unternehmen interessiert: Fairer Wettbewerb, der nicht durch unterschiedliche Währungen, Steuern, Gesetze, Bestimmungen verzerrt wird. Um diesen fairen Wettbewerb für sich herzustellen und vermeintliche Wettbewerbsnachteile gesetzlich zu korrigieren hat sich in jedem Land, ob Demokratie oder Diktatur eine mächtige Lobbylandschaft gebildet, die abwechselnd mit Schmeicheleinheiten, Geschenken oder Abwanderungsdrohungen versucht die Politik zu beeinflussen. Dieser Apparat wird nicht von Steuerzahlern bezahlt, sondern ist in den Preisen für Güter und Dienstleistungen enthalten.

Globale Konzerne könnten also die Kosten für die Adaption von Regeln und Gesetzen in den Staaten der Welt, sowie die Kosten für Lobbyarbeit komplett sparen bzw. ihren Kunden ersparen bzw. in die Infrastruktur eines eigenen globalen Wirtschaftsraumes investieren.

Wie ticken Wähler?

Wähler sind bereit, Politiker zu wählen, wenn diese in der Lage sind ihre Situation zu verbessern und Aussicht auf eine bessere Zukunft zu geben. Wenn die Zeiten aber schlecht sind und Einkommen und Umsätze zurückgehen, will kein Steuerzahler wirklich die hohen Verwaltungskosten und die hohen Entscheidungsfindungskosten bezahlen. Ist ja auch gar nicht möglich. Daher werden zumindest in Südeuropa die öffentlichen Strukturen etwas zurückgefahren. Aber ausgerechnet dort wird gekürzt, wo gewählt wird, in den Ländern vor Ort und nicht dort, wo nicht gewählt wird, in den EU-Mammut Institutionen. Die können aber bei zunehmendem Euro-Frust einfach abgewählt werden. Lediglich die Angst davor, zu verkünden, dass die Party vorbei ist und dass es keine bessere Zukunft als die Vergangenheit geben wird, lässt die Politik weiter Versprechen abgeben.

Es ist jedoch kein Szenario denkbar - außer einer EU-Diktatur - das einen Verbleib Griechenlands im Euro vorstellbar macht. Daher stellt sich heute nur noch die Frage, ob nur Griechenland ausscheidet oder ob sich der gesamte Europäische Währungsraum aufspaltet, etwa in Biertrinker-Länder inkl. Großbritannien mit dem Euro und Weintrinkerländer inkl. Frankreich mit dem Euro-Light oder wie man ihn nennen wird. Eigentlich ist es auch egal, ob die EU in Zukunft zwei-, drei oder mehrteilig ist.

Wichtig ist die Erkenntnis, dass mit dem Bruch der Europa-Verträge die Würfel wieder neu geworfen werden. Bevor dann nach dem nächsten erfolglosen Versuch, einen nachhaltigen funktionsfähigen und effizienten EU-Wirtschaftsraum zu designen alle mutlos werden oder übereinander herfallen - und bevor die realwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Substanz durch die Überschuldung erodiert ist, sollten Unternehmen und Konzerne als handlungsfähige globale Instanzen einen nachhaltigen Wirtschaftsraum aufbauen, in den man die funktionierende Substanz im Zweifelsfall migrieren kann.

Damit ist in keinem Fall nur Europa gemeint. Die Amerikanische Zentralbank flutet seit geraumer Zeit den Markt mit Dollar. Die Notenbanken der acht größten Volkswirtschaften haben insgesamt ihre Bilanzsummen seit 2006 von 5,5 Billionen Dollar auf 15,5 Billionen Dollar fast verdreifacht (US-Investor Chris Martensen). Von einer Mehrung an Gütern und Dienstleistungen in entsprechender Höhe kann keine Rede sein. Im Gegenteil, viele Länder sind froh, wenn sie die Werte von 2007 bald wieder erreichen. Nicht zuletzt geht es bei der Zukunftsfähigkeit der vernetzten Gesellschaft des 21. Jahrhunderts nicht nur um ökonomische Nachhaltigkeit, sondern auch ökologische Nachhaltigkeit.

So tickt ecolomy

Wir sind jetzt an einem Punkt angekommen, an dem wir feststellen können, dass die Unternehmen einerseits Motive und andererseits Möglichkeiten haben, neue, eigene Wirtschaftsräume aufzubauen. So gibt es nur noch eine Frage zu beantworten:

Wie kann so ein Wirtschaftsraum aussehen, dass er nicht nur nachhaltig und effizient funktioniert, sondern sowohl von Unternehmen, Menschen und Staaten akzeptiert wird?

Das ist eine etwas rethorische Frage. Ein Wirtschaftsraum, der nachhaltig und effizient operiert, ist genau das, was Menschen und Realwirtschaft sich wünschen. Und, was spricht eigentlich dagegen, dass so ein Wirtschaftsraum von den Unternehmen betrieben wird? Richtig, die Unternehmen sind in der Vergangenheit auch nicht als Weltverbesserer hervorgetreten, sondern entsprechend ihrer Rolle als Profitmaximierer, die im Prinzip nur auf gesetzlichen Druck ihre Methoden in bestimmte Richtungen ändern - und sei es, dass sie in den globalen Raum ausweichen.

So machtlos die Regierungen jedoch gemeinsam im globalen Raum sind, so mächtig sind sie als Gewaltmonopolisten auf ihren Territorien, und die meisten Regierungen gehen davon aus, dass sie als solche auch die Gestaltungshoheit über ihren Wirtschaftsraum haben. Jedoch sind sie pleite und sie können sich am Ende der demokratischen Willenbildung nicht entziehen. Sie verkaufen heute Volksvermögen, damit die Verschuldung und der öffentliche Bereich weiter auf einem unrealistisch aufgeblähten Level finanziert werden kann. Die Politik ist mit ihren makroökonomischen Konzepten am Ende, es ist nur noch nicht politisch besiegelt. Die Lage ist jedoch so fragil, dass jederzeit ein Krieg, ein Attentat ein Ölpreissprung zu epochaler Instabilität führen kann.

Ist es da nicht zumindest denkbar, etwas so wichtiges, wie die Implementation eines Weltwirtschaftsraumes besser einer nicht staatlichen, nicht privaten Organisation zu überlassen, die in der Lage ist, einen globalen Wirtschaftsraum zu implementieren und administrieren.

Die Grundlage von ecolomy ist die Erkenntnis, dass wir auf einem begrenzten Planeten mit begrenzten Ressourcen leben. Es ist also schon theoretisch kein unendliches Wachstum der menschlichen Gesellschaft und ihrer Wirtschaft und Industrie möglich und es kann jederzeit ein existenziell gefährliches Level für die Lebenssysteme unserer Erde erreicht werden. Etwa wenn die Übersäuerung der Ozeane durch CO₂ ihre Fähigkeit bedroht, weiter CO₂ zu absorbieren und Sauerstoff zu produzieren. Wachstum ist daher auf dem heutigen Level der Weltgesellschaft und der Industrialisierung kein Heilmittel mehr, sondern eine Bedrohung.

Um also überhaupt noch Wachstum zu ermöglichen und so die Aussicht auf gesellschaftliche Stabilität zu wahren, muss ein nachhaltiges ökonomisches System in der Lage sein, die quantitativen Profit- und Konsummaximierungsfunktionen mit qualitativen Funktionen auf ein zukunftserhaltendes Maß zu relativieren. Wachstum ist also im Rahmen von Substitutionsprozessen bei den Methoden und Prozessen der industriellen Leistungserstellung nachhaltig möglich.

Die Vernetzung und die Verwendung von mobilen Devices zum Bezahlen ermöglicht es dabei ein Wirtschaftssystem zu designen, welches durch Algorithmen automatisch Substitutionsprozesse durch eine individuelle Preisbildung ermöglicht. Die dynamische Kaufkraftsteuerung errechnet sich automatisch aus den Nachhaltigkeitsbilanzen der Produkte erfordert keinerlei Verwaltungsaufwand.

Je mehr die Marktteilnehmer, also die Menschen und Unternehmen der Weltgesellschaft quantitatives Wachstum gegen qualitatives Wachstum tauschen, desto wahrscheinlicher ist ein friedliches Jahrtausend, in dem sich die Menschheit nicht im Kampf um die letzten Rohstoffe aufreibt und die Erde dahin geht.

Arne Timm

Palma, 28.03.2012

PS: Ich weiß, ich schulde Ihnen noch die Antwort auf die Frage, warum Kalifornien reich und pleite ist und Griechenland arm und pleite:

Kalifornien wurde von Siedlern gegründet. Es ist die Heimat von Weltmarktführern wie Google, Apple, HP, Oracle usw. und wäre als eigenständiges Land die achtschärfste Wirtschaftsnation der Welt. Die europäischen Länder dagegen wurden zumeist nicht wirklich gegründet, sondern sind aus Königreichen, Fürstentümern und Kriegen hervorgegangen. Die herrschende Kaste war es dabei gewöhnt, dass das Volk seinen Lebensstandard finanziert, durch Frondienst, Leibeigenschaft und natürlich Steuern eines Gewaltmonopolisten.

Diejenigen, die vor diesen Zuständen geflohen sind, waren meist nachgeborene Kinder ohne große Hoffnung einen Hof oder ein Geschäft zu übernehmen, aber auch durch das System frustrierte Menschen, die sich nach einer neuen Welt ohne König und Herrscher gesehnt haben. Sie alle sind über den Ozean gefahren. Sie sind mit Pferdewagen einmal über den gesamten amerikanischen Kontinent gefahren. Durch Wüsten, Berge und Indianerland. Und als sie in Kalifornien angekommen waren haben sie ihren Claim abgesteckt und fortan versucht, sich den amerikanischen

Traum zu erfüllen. Eines ist dabei sicher: Wenn im Wilden Westen jemand auf die Idee gekommen wäre, von einem Siedler Steuern zu verlangen - er wäre im besten Falle geteert und gefedert worden: „don't tax me brother“.

Und so ticken sie immer noch in Kalifornien und in ganz Amerika. Sie wollen gar nicht von so vielen Politikern und Beamten verwaltet werden. Sie denken, sie sind ohne sie wettbewerbsfähiger. Und aus diesem Grund haben sie in Kalifornien noch nie eine Regierung gewählt, die nennenswert Steuern von Unternehmen und Bürgern verlangt.

Als sich in Europa die Republiken gründeten und repräsentative Demokratien die etablierten Machstrukturen ablösen, wurde es für die herrschende Kaste schwieriger, Steuern zu erheben. Schließlich hatte man es jetzt mit einem Souverän zu tun, dem Wähler, der im Takt von Legislaturperioden mitbestimmen möchte, wie viele Steuern erhoben und wofür sie ausgegeben werden.

In Griechenland ist die Herrschende Klasse so weit gegangen, dass sie weite Teile der Bevölkerung an den Steueraufkommen hat teilhaben lassen. Als Beamte oder als Angestellte im öffentlichen Dienst. So hat es das Land - und ebenso andere südeuropäische und europäische Länder - fertiggebracht, Generationen von jungen Leuten zu schaffen, deren größtes Ziel es ist, eine Beamtenstelle in Politik und Verwaltung zu bekommen.

Kalifornien und Amerika dagegen hat Generationen von jungen Menschen geschaffen, deren größtes Ziel es ist, den amerikanischen Traum zu leben und das nächste Apple, Google oder Facebook zu gründen. Ich weiß, dass der amerikanische Traum auch viele Verlierer hat und will das System sicher nicht als insgesamt überlegen darstellen, immerhin ist es durch die Spendenfinanzierung der amerikanischen Politik auch potentiell demokratiegefährdend. Die Dynamik jedoch, die es zu erzeugen vermag ist bemerkenswert. Mir geht es an der Stelle lediglich darum, Erklärungsmuster zu finden, die beim Systemdesign für ein global implementierbares Wirtschaftssystem helfen. Daher möchte ich abschließend noch einmal betonen, dass ich nichts gegen Griechenland oder gar die Griechen habe oder die Südeuropäer oder gegen irgend jemanden auf der Welt. Sicherlich gibt es tausende Griechen, auf die derartige Verallgemeinerungen nicht zutreffen. Nicht zuletzt verdanken wir Solon von Athen die Demokratie und die Griechen waren die ersten, die sie den Aristokraten abgerungen und praktiziert haben. Einen so hohen zivilgesellschaftlichen Wert zu schaffen, der über Jahrtausende seinen Wert erhalten hat, verdient jeden Respekt.

All rights reserved

Arne Timm

arne@ecolomy.org